

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Feiertagen. Der Abonnementpreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Dezemberhälfte 230.— Mtl. Einzelverkaufspreis 25.— Mtl. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die acht gesetzten Zeitzeile oder deren Raum 15.— Mtl., auswärtige 80.— Mtl., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 Mtl., für Reklamen 250.— Mtl. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Lübecker

Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 302.

Donnerstag, 28. Dezember 1922.

29. Jahrgang.

Verfehlungen?

Paris, 27. Dezember.

Die Reparationskommission hielt gestern eine Sitzung ab, über die bisher eine offizielle Erklärung nicht abgegeben wurde. Wie der Berichterstatter der "Times" meldet, sind in dieser Sitzung mit einer Mehrheit von drei gegen eine Stimme (des englischen Vertreters Bradbury) abschließliche Verfehlungen in den Deutschen in der Frage der Lieferung von Baulholz festgestellt worden.

*

Die Zwischenverhandlungen, die bis jetzt zwischen der Londoner Konferenz und dem Beginn der Verhandlungen in Paris ausfüllten, zeigen sich ihrem Ende entgegen. Frankreich hat das Vorgefecht wieder aufgenommen. Der Rückzug in London, auf Grund dessen offiziell von der Gewaltspolitik in der Frage der Annexion der Rheinlande und der Beziehung des Ruhrgebietes abstand genommen wurde, erweist sich als ein taktisches Manöver ohne strategische Bedeutung. Wer die gegenwärtige Presse Frankreichs ausschlägt, findet das gewohnte Bild. Rheinland und Ruhrgebiet als Hauptfänger und die so oft verlangte Zolllinie am Rhein nehmen die erste Stelle ein. Das ist nicht überraschend. Die Struppellosigkeit des französischen Politik seit dem Abschluss des Versailler Vertrages kennt keine Grenzen. Wie sie im Orient nicht davor zurückshied, Verträge zu brechen und den Verbündeten in den Rücken zu fallen, so scheint sie auch vor einem neuen Vorbruch nicht zurück. Da die französische Kammer nach seiner Niederlage in London dem Ministerpräsidenten Voynich mit einer überwältigenden Mehrheit das Vertrauen ausprach, muß man darauf gefaßt sein, daß auch die Taktik Voynichs beibehalten wird. Eine gewisse Verhärtung erhält die Situation durch den Spruch der Reparationskommission, nach dem in den Baulholzlieferungen eine offizielle Verfehlung Deutschlands festgestellt wird. Man darf wohl einen gut vorbereiteten französischen Schlag, darin erblicken, wenn in dieser Frage gerade in dem Augenblick eine Entscheidung herbeigeführt wird, in dem die Reparationsverhandlungen von neuem aufgenommen werden sollen. Es ist bezeichnend, daß sich der Vertreter Englands mit aller Entschiedenheit gegen den Spruch wandte, aber mit seinem Protest in der Minderheit blieb. Man braucht der Angelegenheit keine übertragende Bedeutung beizumessen; sie bleibt eben symbolisch für die Richtung, in der Frankreich vorzugehen gedenkt. Die alte Methode wird beibehalten.

Wie auf der Londoner Konferenz sehr viel davon abhing, ob es der deutschen Regierung rechtzeitig gelang, einen geeigneten Gegenvorschlag in die Waagschale zu werfen, so hängt auch in Paris ein gut Teil der Entscheidung von einem neuen deutschen Angebot ab. Gerade von den Vertretern der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen ist immer wieder eine aktive deutsche Politik gefordert worden. Das Angebot Deutschlands in London hat, auch wenn es abgelehnt wurde, gezeigt, wie sehr man auch auf der Gegenseite, soweit sie nicht von Frankreich abhängig ist, auf eine aktive Einkaufnahme Deutschlands wartet. Die Regierung Cuno hat jetzt seit ihrem Regierungsantritt Zeit genug gehabt, um sich darüber klar zu werden, in welcher Richtung sie das aktive Programm Wirths, das sie offiziell zu ihrem eigenen gemacht hat, durchzuführen gedenkt. Leider enthielt das Londoner Angebot mehr Richtlinien als positive Vorschläge. Es liegt also nahe, diese Richtlinien, die dem nicht vom Zeitgeist willigen Teil der Entente an und für sich als geeignete Grundlage erschienen, zu verdichten und positiv zu sagen, was

Deutschland zu leisten imstande ist, was es ohne weitere Zerrüttung des Wirtschaftslebens an Sicherheiten zur Durchführung des Moratoriums zu geben vermag, und wie es sich die Schuldregelung für die Zukunft denkt. Nur ein Angebot, das das Problem in diesem Ausmaße erschöpft, hätte nach den Londoner Erfahrungen Aussicht, ein Gegengewicht zu werden, mit dem man in Paris operieren kann.

Herr Cuno hat sein Ministerium als ein Kabinett der Arbeit eingeführt. Man kann nicht sagen, daß Cuno die bisher geführten Verhandlungen um einen Schritt weiter geführt hat als Herr Wirth. Reichskanzler Wirth hatte seinerzeit den Willen, seine politischen Handlungen nicht nur von der Interessenspolitik der Industrie leiten zu lassen; bei Herrn Cuno schrumpft dieser Wille von Tag zu Tag mehr zusammen. Wo die Industrie ihr „Wir können nicht“ spricht, läßt er auch das Kabinett ein „non possumus“ sprechen. Das wirkte in London lähmend; es könnte in Paris verheerend wirken, und die Verfehlungen, die Poincaré zu Unrecht feststellen läßt, könnten auf anderem Gebiete wirkliche Verfehlungen der deutschen Regierung werden, weil sie es nicht versteht, mit starkem Willen zur rechten Zeit das rechte Wort zu sprechen.

Zur Frage der Holzlieferungen.

II. Paris, 28. Dezember.

In Kreisen der Reparations-Kommission wurde gestern ausdrücklich erklärt, daß alle Gerüchte über unmittelbar bevorstehende Zwangsmassnahmen, wie etwa die Besetzung des Ruhrgebietes unbegründet seien. Von angeblich deutscher Seite wird ferner bekannt, der Hinweis der Reparationskommission auf die Lösung des Konfliktes betreffend die Holzlieferungen in der Weise, daß Deutschland angehalten werden soll, die fehlenden Mengen an Holz durch Barzahlungen zu erzielen, liegt wohl genug. Die Abreise des britischen Vertreters in der Reparationskommission, Sir John Bradbury, darf ebenfalls nicht unbedingt aufgesetzt werden. Bradbury ist wohl hauptsächlich deswegen nach England abgereist, um die Vorschläge Englands für die Pariser Konferenz vom 2. Januar auszuarbeiten.

Englisch-französisches Kompromiß?

II. Basel, 28. Dezember.

Der Pariser Mitarbeiter der "Baseler Nachrichten" schreibt zu den kommenden Reparationsverhandlungen, die trotz Lautanne und aller innerpolitisches Vorgänge in Frankreich die Gedanken am meisten in Anspruch nehmen. Wer in Paris an einem Erfolg der kommenden Konferenz glaubt, und vorläufig ist das noch die Mehrheit, der sieht ein englisch-französisches Kompromiß auf folgender Grundlage kommen:

Die Alliierten ergreifen sofort gewisse Maßnahmen in der Zone, die gegenwärtig besetzt haben und erst wenn Deutschland in einer gewissen Zeit die Versprechen, die von ihm verlangt werden, nicht erfüllt hat, erstrebt sich die interalliierte Beziehung automatisch auf das Ruhrgebiet. Sollte ein Entscheid der Verbündeten nicht zustande kommen, so wird nach Ansicht gewisser französischer Kreise die Belegung des Ruhrgebietes sehr bald notwendig werden, da man mit ihr den wirksamsten Druck auf Deutschland ausüben kann. Solche Vorschläge, mit denen die Franzosen sich einverstanden erklären könnten, bezeichnet man in Paris zwar als die beste Lösung, aber daran zu glauben habe man verloren.

die Hochburg des polnischen Chauvinismus — gegen Deutschland und alles Deutsche ist beispielweise die unmittelbare Folge der preußischen Ostmarkenpolitik. So rächen sich alte Sünden.

Weiterberatung in Lausanne.

Nach einer kurzen Weihnachtspause sind die Arbeiten der Lausanner Konferenz wieder aufgenommen worden. Ein neuer Zwischenfall entstand dadurch, daß die Alliierten zu den Beratungen des Unterausschusses für den Schutz der Minderheiten auch Vertreter der bulgarischen, armenischen und assyro-chaldaischen (?) Minderheiten zugezogen hatten, wogegen sich die Türken mit aller Entschiedenheit wandten; sie erklärten, man müsse dann auch die Ägypter, Sinder und Irlander zusiehen. Diese Gegenforderung schenkt ihren Eindruck auf die Alliierten, speziell auf die Engländer nicht verfehlt zu haben, denn sie erklärten sofort die Einladung für ein Mißverständnis (?) und verhandelten mit den Bulgaren, Armeniern und Assyro-Chaldäern in privater Sitzung, wo diese ihre Wünsche vortrugen.

Eine weitere harte Rücksicht haben die Türken den Engländern zu knicken gegeben, indem sie eine Denkschrift überreichten, in der sie die Rückgabe des Gebietes von Mosul an die Türkei verlangen. Mossul ist das mesopotamische Petroleumgebiet, und so gerne die Engländer dort bleiben möchten, so wenig können sie dabei auf die Unterstützung der anderen Großinteressenten, insbesondere Amerikas, rechnen. Der Kampf um Mosul beschreibt noch manche aufregende Stunden in Lausanne.

Die Entwicklung in Polen.

SPD. Warschau. (Eig. Bericht.)

Nach den Unruhen der letzten Wochen und Monate, die sich bis zu blutigen Strafentmachten und zum Neujahrsmord an den ersten polnischen Präsidenten steigerten, ist in den innerpolitischen Verhältnissen Polens eine vorläufige Entspannung eingetreten. Nachdem die Rechte mit der mühseligen Hebe um die Macht im Parlament und um den Präsidentenposten gekämpft hat, hat sie endlich ihre Niederlage zugestanden und sich mit den bisherigen Ereignissen abgefunden. Freilich gibt es noch eine Position, um die die Rechte einen ererbten Kampf führen wird, nämlich die Bildung des neuen Kabinetts. Das Übergangsamt, das nach der Ermordung Tadeuszówscia berufen wurde, kann schon wegen seiner uneinheitlichen Zusammensetzung nicht von Dauer sein. Doch hat man es vorläufig beibehalten, teils, um die Stimmung sich noch mehr beruhigen zu lassen, teils wegen der Nähe der Feiertage. Bald nach Jahresbeginn wird über die Frage der endgültigen Kabinettbildung abgerollt werden. Über ihre Entscheidung läßt sich bei der aus sich ergänzenden Stellung der Witoldischen Bauernpartei schwer etwas vorauszusagen, denn unter dem Einfluß persönlicher Intrigen und innerer Zwistigkeiten wird diese Partei bald nach links, bald nach rechts gerollt. Wahrscheinlich wird diese Kabinettbildung wieder zeigen, daß eine natürliche regierungsfähige Mehrheit in Polen nicht vorhanden ist. Zum guten Teil ist dies die Folge einer politischen Unzert, die sich historisch aus den abnormen politischen Bedingungen der verschiedenen polnischen Teilstaaten vor der Neugründung des polnischen Staates erklärt. Der blutige Hass der Polener Nationaldemokraten — und Polen ist

In zwölfter Stunde.

Dr. L. Lübeck, 28. Dezember.

Im Zusammenhang mit der Reparationspolitik der deutschen Regierung veröffentlichten wir gestern ein Berliner Telegramm, das in der Rücksicht des schwerindustriellen Lokal-Anzeigers hergestellt und durch die stimmungsvolle Telegraphen-Union über ganz Deutschland verbreitet wurde.

Darin stehen u. a. die Sätze:

Die Industrie ist bereit, an allen Problemen zur Erfüllung der deutschen Wirtschaft mitzuarbeiten, sie hält aber alle Maßnahmen für zwecklos, wenn nicht gleichzeitig damit eine Intensivierung der Arbeitsleistung zur Vermehrung der Produktion verbunden wird. Ebenso hält sie fest daran, daß eine endgültige Lösung des Reparationsproblems eintreten muß. Am 28. ds. Ms. werden die deutschen Vorschläge mit den Vertretern der Gewerkschaften besprochen werden. Der rechte Flügel der Mehrheitssozialisten ist bereit, für gewisse Industrien Ausnahmen vom Achtstundentag zuzulassen, während der linke Flügel unbedingt an ihm festhalten will und außerdem für die sogenannte Erfassung der Sachwerte eintritt.

Leider konnten wir gestern zu dieser unglaublichen Verdrehung der Tatsachen nicht mehr Stellung nehmen. Trotzdem brachten wir die Meldung, denn sie ist außerordentlich bezeichnend für die Absichten und Pläne der deutschen Großindustrie in der Reparationsfrage.

Natürlich ist das Gerede von den beiden Richtungen in der Mehrheitssozialdemokratie ganz großer Unsinn. Gibt es denn noch eine Mehrheitssozialdemokratie?

Aber das ist nicht das Wesentlichste an den Ausführungen. Dazu ist die Musik von den beiden Flügeln der Sozialdemokratie, dem „verständigen“ und dem „radikalen“ zu alt. Seit einem Jahr schon tutet die Lübeck'sche bürgerliche Presse in dieses etwas ulfige Waldhorn. Der Major in den „Lübeckischen Anzeigen“ hatte angefangen, sein Rekut im „General-Anzeiger“ lezte es fort und seit einigen Wochen faust jetzt sogar der Schulmeister der „Lüb. Neuest. Nachr.“ auf dem gleichen Thema herum. Wenn jetzt auch die Berliner Kapitalistenpresse davon anfängt, so ist das weiter keine große Sache.

Viel wichtiger und wesentlicher sind die Ausführungen über die Meinungsäußerungen der Industriellen. Für sie ist der ganze Reparationswirrwarr auch heute noch nur eine Frage des Profits. Der Achtstundentag ist der Dorn in ihrem beutesüchtigen Auge. Und die Gelegenheit ist günstig; man bietet der Regierung seine wirtschaftliche Hilfe an, wenn dafür der Achtstundentag fällt.

Das ist der Erfolg der vielgerühmten und oft verlangten Mitwirkung der Fachmänner und Wirtschaftskennler. Statt Opferbereitschaft verkündigen sie partei-politische Forderungen. Nicht wirtschaftliche Erwägungen sind es, die ihr Handeln leiten, sondern politische Dogmen. Der Haß gegen den Achtstundentag verdunkelt ihr Auge wie die Blutgitter des Raubtieres.

Wir haben in der Frage der Arbeitszeit so oft unseren unerschütterlichen und granitharten Standpunkt festgestellt, daß weitere Erörterungen überflüssig sind. Aber es ist, gelinde gesagt, eine Unverdämlichkeit, immer wieder von einer Verlängerung der Arbeitszeit zu sprechen, während das Realinkommen der Lohn- und Gehaltsjäger dauernd sinkt. Hebt die Kaufkraft der Massen! Und dann erst sprech von einer Intensivierung der Arbeitsleistung!

Solange noch Millionen Faulenzer und Nichtstuer, Schieber und Wucherer in Saus und Braus leben, ohne nur ein Tröpfchen Schweiss zu opfern, solange haben die Arbeiter wirklich keinen Anlaß, mit sich über ihre Arbeitsleistung reden zu lassen.

Über die ganze Arroganz der Großindustrie hat auch für die Reichsregierung ihre tragische Seite. Die unmöglichen Forderungen der Industrieherrn an die Arbeiter sind doch nur die armelige Maske, hinter der der kapitalistische Mephisto seine Absicht versteckt, jede endgültige Regelung der Reparationen und jede Stabilisierung der Mark vorsätzlich zu verhindern. Die Gründe dieser irrsinnigen und verbrecherischen Politik sind verschieden; bei nächster Gelegenheit werden wir sie darlegen.

Am 2. Januar tritt der Oberste Rat in Paris zusammen. Die ganze Welt ist der ewigen Reparationsverhandlungen überdrüssig; sie erwartet deshalb endlich, endlich eine Lösung. Die Sympathien aller Nichtbeteiligten sind auf der deutschen Seite; und jedermann erwartet von der deutschen Regierung, daß sie sich zu einem endgültigen und positiven Vorschlag aufstelle; zu einem Vorschlag, der wenigstens nach englischer Auffassung die Grundlage einer Versöhnung bilden kann.

Kommt ein solcher Vorschlag infolge der kapitalistischen Quertriebser auch diesmal nicht zustande, so wird die Welt sich enttäuscht abwenden und Deutschland und Mitteluropa ihrem Schicksal überlassen.

Schon immer haben wir die Meinung vertreten, daß eine vernünftige Reparationspolitik nur gegen die politische Meinung der Großindustrie möglich ist; und daß deshalb jedes Spielen mit der großen Koalition nicht nur im sozialdemokratischen Gesichtswinkel, sondern vor allem im Interesse der Reichspolitik ein Spielen mit dem Feuer ist.

Dollar 8000.

Wir sind darob viel bekämpft und angefeindet worden, selbst in den eigenen Reihen sind unsere Aussägungen manche Gegner. Aber auch diesesmal hat der Gang der Ereignisse uns Recht gegeben.

Nur noch zwei Tage trennen uns vom 2. Januar. Entweder die Regierung rafft sich auf; oder es zieht im Januar eine Krise heraus für das Reich, für das deutsche Volk, aber auch für die Reichsregierung. Die Sozialdemokratie steht zurzeit außerhalb der Regierung; gerüstet und fahrtbereit muß sie bleiben, um im Augenblick der Katastrophe wieder in die Bresche zu springen. Wie so oft schon!

Was soll die Regierung in Paris anbieten? In London forderte man einst 132 Milliarden, davon waren 82 Milliarden Forderungen zweiten Ranges. Streicht sie ganz! Die anderen fünfzig Milliarden aber bietet an; wenn möglich anstrebt. Und als Sicherheit bietet deutsche Schwere. Nur als Pfand! Sie werden durch eine Erfassung der Goldwerte der Industrie und der Landwirtschaft in den Besitz des Reiches gebracht und irgendwie sichergestellt. Dort bleiben sie bis zur völligen Abgleichung der deutschen Reparationslasten; dann gehen sie in die freie Verfügbarkeit des Reiches über. Schon in der Zwischenzeit aber fließen ihre Zinsen in die Reichskasse.

Gewiß, die Industrie erklärt das alles für unmöglich, weil es ihr unbehaglich ist. Muß eben die Reichsregierung darüber nachdenken, ob sie lieber das Kapital verstimmen, oder Reich und Volk im Elend verkommen lassen will.

Euno und Hermes haben die Wahl. Über nicht mehr lange. Es ist die zwölftte Stunde.

Gewerkschaften und Reichsregierung.

SPD. Die Gewerkschaften haben bekanntlich im Anbruch der gespannten wirtschaftlichen und politischen Lage eine Vereinbarung mit dem Reichskanzler verlangt, die jetzt endgültig am Freitag stattfinden soll. Dem Brief, der dieses Verlangen zum Ausdruck brachte, fügten die Gewerkschaften einen Fragebogen bei, der von der Regierung am Freitag beantwortet werden soll. Die fünf gestellten Fragen lauten u. a. folgendes:

1. Inwieweit hat die Regierung Vorsorge getroffen, daß für die kommende Preiserhöhung ein Ausgleich in den Löhnen und Gehältern auch der Privatindustrie geschaffen wird?

2. Inwieweit hat die Regierung dafür Sorge getragen, daß die der Entente angehörenden Maßnahmen innerwirtschaftlicher Art in den Kreisen der Wirtschaft keinen Widerstand zu erwarten haben, und inwieweit ist die Regierung bereit, bei der Vorbereitung dieser innerwirtschaftlichen Maßnahmen auch Sachverständige aus den Reihen der Gewerkschaften zu hören?

3. Ist die Regierung bereit, die Ungerechtigkeiten des Reichseinkommensteuergegesetzes, insbesondere für die Lohnsteuerpflichtigen, bei ihnen in Arbeit befindlichen Ergänzungsentwürfen zum Einkommensteuergegesetz auszugleichen?

4. Welche Absichten hat die Regierung zur Bekämpfung der Wahnungsart; insbesondere, inwieweit will sie auf eine Kontrolle der Gasstoffpreise hinwirken?

5. Was geleistet sie zur Bekämpfung des Würgers zu tun? Will sie dafür sorgen, daß die reale Grundlage der Wucherbekämpfung, im besondern die Frage des Wiederbelebungszauges bald eine Klärung erfährt?

Deutschpööööisch gegen Deutschööö.

Man verherrlicht die Gewalttaten gegen Deutschtüte.

Das Berliner Lager der Deutschtüte. Die „Deutsche Zeitung“, in begreiflicherweise von allen sozialistischen Gewerkschaften befehlte, die sich gegen Sozialisten richten. Auch daß die Schwarzheimschen Brüderlinie die Meinungen der sozialistischen Zeitungen zerstörten und die Arbeiterkammern niederrissen, ist in den Augen der treudemischen Warenbefreier ein wohlgestüffiges Werk.

Es liegt in der gleichen Gedenkenrichtung, wenn die „Deutsche Zeitung“ jetzt auch anfügt, die Gewalttaten Müllers gegen die Deutschtüte zu verherrlichen. Sie beschreibt, die Bedeutung der Deutschtütebewegung sei in Deutschland „erstklassig oder abhängig von den jüdischen Zeitungen verhängen mögen“. Ausdrücklich bestätigt ist, daß die Deutschtüte nicht hatten, als sie in dem Titel Bozen gewaltsam den deutschnationalen Parteien oblassen, und heißt, daß damals eine angehörende Nürnberger Zeitung die Deutschtüte als Horden und Banditen bezeichnete.

Die sozialistische Demokratie kann bestätigen, die Deutschtüte soll ihrer Interessen mit der neuen Lage auszutüftzen, indem sie ihren möglichst weitgehende Selbstbehauptung ließ. Die Deutschtüte aber, eine wilde Horde von Rüpelern, überließ die Deutscher Gemeinde und verhinderter die deutschen Beamten gewaltsam an der regelmäßigen Ausübung ihres Amtes. Eine solche Handlung, die in Deutschland mit Grausamkeit bedacht ist, neant die Deutsche (1) Zeitung“ jetzt häufig „abgesen“ und erfüllt ebenfalls noch, die Deutschtüte hätten ganz recht gehabt . . .

Es ist natürlich wort, daß hier Antipolizei, die nichts kann, als auf die Erfüllungspolitik und die Sozialversicherung zu hoffen, als Scheidlinge des Deutschtüts angesehen werden!

Stauriger Gege der Postarbeitsamt.

Der Postarbeits-Dienst läuft:

Die Initiativen des Berichtigungsarbeitsamtes Seissig-Göbel stehen bis in einen Brief des Posts. Reichsministers 1927, mit, daß sie entzöglichen würden, um 3. Januar nächsten Jahres in den Haushalt zu treten, wenn das Reichsarbeitsamt nicht für diese dazu auftritt, eine entsprechende Ecke zu belassen. Sagen im August und September haben die Initiativen der ebenfalls berichtigungs-Derichtungs des Reichsarbeitsamtes ähnliche und Berichtigungsunterstützt und u. a. gefordert: „Berichtigung, Berichtigung und Berichtigung der Postarbeitsamt hierbei nicht zu haben.“ Das Reichsarbeitsamt hat jedoch eine neue Berichtigungsabteilung berichtet, über die in dem Schreiben gelegt wird, doch je jeder Berichtigung habe ich und die letzten Dinge des Heiligen Geistes dem Berichtigungsabteilung ausgetragen. Es wird gefordert: 1. die Schaffung der Berichtigungsabteilung des g. S. C.; 2. ein zukünftiges Taktogramm; 3. vorläufige Aufstellung der Bezeichnung des Posts-

Das Gewerkschafts-Streifgesetz.

Seit drei Jahrzehnten führen die deutschen Gewerkschaften systematische Kämpfe um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dabei sind in den Kinderjahren der Gewerkschaften so manche Fehler gemacht worden, besonders in all den Fällen, in denen das Gefühl keine ruhige Überlegung auslösen ließ. Aus all den großen und kleinen Fehlern der einzelnen Verbände aber haben die Gewerkschaften allesamt gelernt. Die Lehren waren ja eindeutig, das Gehrgeld mußte mit so teuren Opfern bezahlt werden, daß die Erfahrungen beachtet werden müssen. Sind Lohnbewegungen auch keine einfachen Rechenergebnisse, so erfordern sie doch ein richtiges Augenmaß für die Dinge und eine erprobte Taktik. Der Gewerkschaftskampf ist nur Mittel zum Zweck und darf nicht Selbstzweck werden. Auch hier gilt die Regel, mit möglichst geringem Kraftaufwand den möglichst größten Erfolg zu erzielen. Dabei ist unerlässliche Voraussetzung der feste Zusammenschluß aller Arbeiter und Arbeitnehmer der einzelnen Berufs- und Industriezweige, ihre gewerkschaftliche Schulung, auf Erkenntnis gegründete Disziplin und Solidarität, das felsenfeste Vertrauen zu ihrer Sache und zu ihrer Gewerkschaftsleitung.

In der Vorkriegszeit konnte die gewerkschaftliche Schulung der Mitglieder im hohen Grade als erfüllt gelten. Allein die Zahl der Organisierten war noch zu gering, als daß die Gewerkschaften sich auf jeden Fall durchsetzen konnten. Nach dem Kriege trat die gegenseitige Situation ein. So notwendig und erfreulich der starke Zustrom zu den Gewerkschaften war, brachte er sie doch in eine überaus schwierige Situation. Die Gewerkschaften waren gezwungen, an allen Ecken und Enden den Kampf aufzunehmen mit Mitgliedernmassen, die großenteils vollkommen ungebaut waren, doch nach den unzähligen Kriegsnoten ihre lang verhalteten Wünsche mit einem Schlag zur Geltung bringen wollten. Die Zerstörung der Arbeiterschwung in drei Parteien führte dazu, daß über das erreichbare größten Illusionen hinzugeben, denen die Enttäuschung folgen mußte. Viele der neuen Mitglieder jüngten den Mangel an Kenntnis und Erfahrung durch größere Erfolge auszugleichen. Die Gewerkschaftsführer mußten meist Wasser in den gärenden Wein gießen und wurden dafür, häufig unter dem Beifall der Masse, als schwache Trottel und Arbeiterverschwörer hingestellt und so legtigen Verurteilungen bereit. Die Demagogie feierte Triumph und die wilden Streiks waren an der Tagesordnung. Erst nachdem eine gewisse Ernüchterung durch Misserfolge eingetreten war, konnten die Spitzenverbände verfügen, die Dinge zu meistern, die Lohnbewegungen wieder in ein richtiges Fahrwasser zu bringen. Besonders auf die Frage der Vertretung von Notarbeitern, die Verbrauch der Technischen Nothilfe bei gewerkschaftlichen Streiks, mache eine generelle Regelung der Lohnbewegungen notwendig, wie sie jetzt in den Regeln für die Führung von Lohnbewegungen und Unterstützung von Streiks in gemischten Betrieben vorliegen.¹⁾ Der Leipziger Gewerkschaftskongress hatte sich nicht entscheiden können, diese Regelung ohne weiteres zu ratifizieren, weshalb sie an den Bundesversammlung des ADGB zurückverwiesen wurden, der sie dann in seiner letzten Herbsttagung (28. September bis 1. Oktober 1922) mit einem einzigen, mehr redaktionellen, Zusatz zum Beschluss erhob. Damit war das Gewerkschaftsrecht, das unter Mitwirkung und mit Zustimmung des Afa-Bundes festgelegt wurde, für alle diesen Spitzenverbänden angelöschten Arbeiterschaften und Appellationsverbände geschaffen.

Die Regeln zerfallen in drei Teile, die die allgemeinen Verbilligungen betreffen, welche bei gemeinsamen Lohnbewegungen und ähnlich bei Streiks in lebenswichtigen Betrieben. Als darüber Gesetz der Gewerkschaften, gegen das unter dem Einfluß gewerkschaftsfeindlicher Elemente so häufig verstoßen wird, gilt, daß die Arbeitsniedersetzung nur als Letztes und außerstes Mittel zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen oder zur Abwehr von Verschlechterungen anzuwenden ist. Damit wird nur die alte Erfahrung unterstützen, daß der Streik eine zweckmäßige Waffe ist, die bei leichtfertigem, idiotischem Gebrauch zu schweren Schädigungen führt und gar leicht kampflos wird. Vor einer Arbeitsniedersetzung sind deshalb alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen. Selbstverständlich ist die Vertretung der Gewerkschaftsmitglieder, daß, bevor sie mit gemeinsamen Forderungen an die Unternehmer oder deren Organisation herantreten, sie sich mit der zuständigen Vertretung ihres Verbandes zu beraten haben. Die endgültige Aufstellung und Einschränkung von Forderungen ist an die Zustimmung der vertretenden Verbandsvertretung gebunden, der auch die Führung der Verhandlungen obliegt, unter Beachtung der Vorschriften des Verbandes und der Weisungen des Verbandsvorstandes. Eine Arbeitsniedersetzung muß durch Zustimmung der Beteiligten beabsichtigt werden. Bei Streiks, die unter Missachtung der Richtlinien eingeleitet werden und vom Verbandsvorstand nicht genehmigt sind, muss die Unterführung aus Verbandsmitteln verboten werden. In solchen Fällen ist der betreffende Verband verpflichtet, unter möglichster Wahrung der Interessen der Arbeiter auf eine baldige Wiederaufnahme der Arbeit hinzuwirken. Gewerkschaftsmitglieder müssen die Richtlinien gefüllt werden. Wer es irgendwie versucht, sie davon abzuhalten, in loslöse Unternehmen zu drängen, muß als Schädling zurückgewiesen werden. Das von den Gewerkschaften durch die überwiegende Mehrheit ihrer Delegierten auf dem letzten Gewerkschaftstag gebilligte und vom Bundesausschuß beschlossene Streiteck muß von jedem Gewerkschafter hochgehalten werden. Aus der Periode der wilden Streiks müssen wir unter allen Umständen wieder herauskommen. Kommt es endlich einmal zu Stabilisierung der Wirtschaft, dann kommen wir auch aus der permanenten Lohnbewegung heraus und die bisher gebundenen Kräfte werden frei für vermehrte gewerkschaftliche Kulturarbeiten.

Die in dem § 37 der Bundesatzung bereits enthaltene Verpflichtung zur gegenseitigen Verständigung bei gemeinsamen Lohnbewegungen gilt nach den Richtlinien insbesondere für Bewegungen in solchen Industrie-, Gemeinde-, Staats- oder Genossenschaftsbetrieben, in denen Angehörige verschiedener Berufe und Mitglieder mehrerer dem Bunde angehörender Verbände beschäftigt sind. Keine Gewerkschaft darf für sich allein vorgehen, die beteiligten Verbände müssen gegenseitig Rücksprache nehmen und eine Verständigung versuchen. Nur auf gemeinsamen Beschäftigten aller Beteiligten Gewerkschaften dürfen Forderungen veröffentlicht und den Arbeitgebern unterbreitet werden. Im Falle einer gemeinsamen Arbeitsniedersetzung muß die erforderliche vorherige Zustimmung in einheitlicher Form gemeinschaftlich oder doch in allen Gewerkschaften gleichzeitig vorgenommen werden. Die führende Organisation muß den übrigen beteiligten Verbänden rechtzeitig melden, ob sie den Streik genehmigt oder abgelehnt. Den Ausbruch eines nicht genehmigten Streiks, an dem Mitglieder anderer Gewerkschaften beteiligt sind, muß sie dem Bundesvorstand melden. Sohn die führende Organisation die Unterstützung eines nicht genehmigten Streiks ab, dann dürfen auch die anderen mitbeteiligten Gewerkschaften keine Unterstützungen gewähren. Da bei jeder Teilbewegung in gemischten Betrieben die Gefahr besteht, daß die Gesamtheit der Beschäftigten gegen ihren Willen hinzugezogen wird, wird es jeder Berufsgruppe zu besonderen Pflicht gemacht, auf die Interessen der Gesamtheit Rücksicht zu nehmen. Läßt es eine Gruppe an dieser Rücksichtnahme und an der Rücksicht auf die Stellung der Mehrheit fehlen, so kann sie nicht verlangen, daß ihr gegenüber Solidarität geübt wird. Erwähnt sei noch, daß ein Sympathiestreik nur dann in Frage kommt, wenn der Verbandsvorstand der betreffenden Gewerkschaft an den Verbandsvorstand der anderen Gewerkschaft einen dagehendes begründetes Verlangen gestellt und letzterer den Sympathiestreik seiner Mitglieder genehmigt hat.

Der letzte Abschnitt betrifft die Streiks in lebensnotwendigen d. h. solchen Betrieben, die für die Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung notwendig sind. Ein Streik in lebensnotwendigen Betrieben darf erst beschlossen werden, wenn der Bundesvorstand des ADGB, bzw. der Vorstand des Afa-Bundes rechtzeitig davor benachrichtigt wird, so daß ihm eine angemessene Zeit zur Benennung bleibt. Die bei Arbeitsniedersetzungen in Frage kommenden Notarbeiten, deren Ausführung in jedem Fall erfolgen soll, muß jede Gewerkschaft für ihr Organisationsgebiet verzichten und das Zeichen des dem Vorstand des ADGB, bzw. des Afa-Bundes einreichen. Die Gewerkschaften müssen ihre Mitglieder durch die Verbandszulassungen ausdrücklich verpflichten, die Notarbeiten auszuführen, und die Verbandsvorstände müssen die erforderlichen Maßnahmen für die Durchführung der Notarbeiten treffen. Abgesehen von der Wirkung jeglicher Unterstützungen gilt die Verweigerung von Notarbeiten als grobe Schädigung der gewerkschaftlichen Interessen.

Ohne die Einmischung der Kommunistischen Partei in die gewerkschaftlichen Kämpfe, die planmäßig darauf ausgeht, die gewerkschaftliche Disziplin und das Vertrauen der Mitglieder zu den Gewerkschaftsleitungen zu untergraben, würden diese Richtlinien längst Gemeingut aller Gewerkschaftsmitglieder sein. Aber auch trotz der Schwierigkeiten, die ihnen von jener Seite unausgeschöpft bereitet werden, sind die Gewerkschaften durch die ihnen anvertraute Interessenwahrung ihrer Mitglieder gewachsen, die Richtlinien konsequent zu folgen. Bieten diese au keine unbedingte Garantie dafür, daß jeder den Gewerkschaften direkt oder indirekt aufgezwungene Kampf mit vollem Erfolg endet, so bewirken sie doch, daß unnötige Streiks vermieden werden, die notwendigen Streiks aber in voller Ordnung und vielleicht größerem Nachdruck geführt werden können und dabei andererseits die technische Nothilfe überflüssig wird.

Den Gewerkschaftsmitgliedern müssen die Richtlinien gefüllt werden. Wer es irgendwie versucht, sie davon abzuhalten, in loslöse Unternehmen zu drängen, muß als Schädling zurückgewiesen werden. Das von den Gewerkschaften durch die überwiegende Mehrheit ihrer Delegierten auf dem letzten Gewerkschaftstag gebilligte und vom Bundesausschuß beschlossene Streiteck muß von jedem Gewerkschafter hochgehalten werden. Aus der Periode der wilden Streiks müssen wir unter allen Umständen wieder herauskommen. Kommt es endlich einmal zu Stabilisierung der Wirtschaft, dann kommen wir auch aus der permanenten Lohnbewegung heraus und die bisher gebundenen Kräfte werden frei für vermehrte gewerkschaftliche Kulturarbeiten.

Zu der Verdopplung der Postgebühren zum 15. Januar erlässt die Reichspostverwaltung nachträglich noch eine Bekanntmachung:

Abgeleitet von der Postkarte des Fernverkehrs, die von 15 auf 25 Pfennig erhöht wird, werden die übrigen Gebühren durchweg verdoppelt. Eine wichtige Neuerung ist beim Pakettarif in gestern vorgenommen, als eine Vorstufe für Pakete bis zum Gewicht von 3 Kgr. mit einem entsprechend niedrigeren Gebührenbetrag eingeführt werden soll. Tiefdest soll für alle Pakete im Gewicht von über 3 Kgr. eine Besteuerung um je 50 Pf. in der Kurzzone und um je 100 Pf. in der Fernzone eintreten. Wichtig ist die Wiedereinführung des Paketbeträgels und zwar sind jenseits Bestellschlüssen für die in Wohnung des Empfängers zu liefernden Pakete, als auch Paketausgabegebühren für die von den Postanstalten abzuholenden Pakete vorgesehen. Das Bestellgebühr für Pakete bis zum Gewicht von 10 Kgr. soll 50 Pf. und für höherwertige Pakete 100 Pf. betragen. Die Paketausgabegebühr soll die Hälfte des Bestellgebühres betragen.

Zeitungen bei der Reichswehr.

In einem Schluß macht der Reichswehrminister die Befehlsheber des Reichswehrdienstes darauf aufmerksam, daß laut § 38 des Wehrmachts die Angehörigen der Wehrmacht das Recht haben, nach freier Wahl Zeitungen zu halten und daß das Recht, einzelne Zeitungen aus Gründen der militärischen Zustand und Ordnung zu verbieten, nur dem Reichswehrminister zusteht. Von keiner Dienststelle aus darf irgendwelche Propaganda für das Halten einer Zeitung gemacht werden. Nur dienstlichen Mitteln dürfen Zeitungen nur zum ausschließlichen dienstlichen Gebrauch beutzt werden. Die Weiterverbreitung oder das öffentliche Auslegen dienstlich bestimpter Zeitungen ist verboten. Zur Auslage in Kameradschaftsheimen und Kantinen dürfen Zeitungen aus den Nebenschülern des betreffenden Betriebes beschafft werden, möcht den Wünschen der Angehörigen des betreffenden Truppenteils weitgehend Rechnung zu tragen ist. Wenn Zeitungen Ersatz für die Belieferung des Kameradschafts-Pakets ist, ist zu beachten, daß Pakete in der Kurzzone 200 Pf., in der Fernzone 400 Pf. Dieser Preis für die Belieferung des Kameradschafts-Pakets ist in Zukunft in der Kurzzone 200 Pf., in der Fernzone 600 Pf.

In einer Dienstzeit, die der Reichswehrminister seinen Befehl gegeben hat, wird das Defizit der Reichspostverwaltung für das Rechnungsjahr 1923 auf 350 Millionen Mark beliefert. Diese Summe glaubt noch kein Sparvolumen zu schaffen. Bis zum 31. März 1924 sollen weitere 12.000 Dienstposten eingezogen werden. Nach 40.000 Dienstposten sind im Bereich der leichteren Zeitungen bereits entlastet worden.

Riegel auf Erden!

Zur Erinnerung an vier Weihnachtsfeste.

"Wenn nur der Kampf anders wäre! Die Nation ist glänzend!" — So schrieb Admiral v. Tirpitz in einem Brief vom 18. November 1914. Kaiser und Kronprinz, Hindenburg, Ludendorff, Bethmann, Hollerich, Jagow und Tippiz selbst schienen ihre Erinnerungen nur geschrieben zu haben, um dieses Diktum zu erläutern. Nun ist noch einer dazu gekommen — Generaloberst v. Moltke: "Erinnerungen, Briefe, Dokumente", herausgegeben von Eliza v. Moltke im Verlag „Der kommende Tag“, Stuttgart.

Moltke, der Neffe, war vom September 1905 bis einige Tage nach der Marne Schlacht als Schlieffens Nachfolger Generalschefs der Armee. Er übernimmt das Amt mit schweren Sorgen, denn mit der Erziehung der Armee liegt es im organ. „Es gäut mich, wenn ich all diesen Unfug mit ansche.“ — Die Uniformen werden immer glänzender, ein Gewirr von Schnüren hindert die Durchdringung des Gewehrs, Uebungen werden zu Paradeschlügen, „des Praktisch ist die Belebung des Tages und hinter all diesem Wirken geistet das Hauptthema des Krieges“. Der Kaiser führt Kriegsspiele und Monöver, wobei „Se Majestät immer siegen muss“, die ungewöhnlichsten Schlachten werden geübt und gewonnen, das Vertrauen der Offiziere zu ihrem Allerhöchsten Kriegsherrn ist aufs höchste erhöht. (1905) Moltke hat den Mut, dem Kaiser das Auge ins Gesicht zu sagen; er wird trotzdem Generalschef. (Aber wird es nun besser?)

Dann kommt der Krieg. Moltke hat den Schlieffenschen Plan umgearbeitet. Nur über Belgien, nicht über Belgien und Holland. Der Grundgedanke aber bleibt: erst muß der rasche Sieg über Frankreich errungen werden, dann alle Kraft gegen Russland. Am ersten Mobilmachungsstage kommt Moltke zu Wilhelm und Bethmann und hört, daß England für die Neutralität Frankreichs Garantien übernehmen sollte. Das war das bekannte Misverständnis des Lichnowsky-Telegramms. Folgerung: Es darf in Luxemburg nicht einmarschiert werden, weil das wie eine Bedrohung Frankreichs aussiehen würde. Der Eindruck dieser Nachricht, die, wenn sie wahr gewesen wäre, das größte Glück für Deutschland bedeutet hätte, auf den Generalschef ist unbeschreiblich. „Wir war zurrufe, als ob mir das Herz brechen sollte...“ — „Ich war wie gebrochen und vergaß Tränen der Verzweiflung.“ In der Nacht stürzt das Misverständnis auf, und es wird an die 16. Division telegraphiert, daß sie nach Luxemburg einmarschieren soll. Moltke aber hat „die Eindrücke dieses Ereignisses nicht überwinden können“.

Es ist in der Tat erschütternd. Wir sehen auf der einen Seite an der Spitze des Reiches zwei Männer, die sich in einem Delirium der Angst hältlosen Illusionen hingeben, und auf der anderen Seite einen dritten, der zwar an der Richtigkeit ihrer Auffassung nicht zweifelt, aber über das Unglück, daß Frankreich neutral bleiben will, „Tränen der Verzweiflung“ vergißt, weil ihm damit sein Aufmarschplan kaputt gemacht wird. Dieser Aufmarschplan ist ein herrlicher Mechanismus: man braucht nur auf den Kopf zu drücken, und es geht nach zwei Seiten los. Ein anderer Plan, der nur noch einer Seite losgeht, ist nicht vorhanden, daher ist der Zweisitzerkrieg militärisch notwendig, wenn auch politisch der Einseiterkrieg möglich wäre. Man stellt sich einmal vor, Frankreich hätte wirklich neutral bleiben wollen — was hätte es ihm genützt, wo wir doch nur einen Aufmarschplan hatten, der noch zwei Seiten losging? Fragtomööbi des militärischen Stumpfsinns.

Man wird einwerfen: Da Frankreich ja doch nicht neutral bleiben wollte, ist der ganze Streit gegenstandslos. Über dieser Einwurf ist falsch. Der unabänderlich zweiseitige Aufmarschplan hat zwar kein friedenswilliges Frankreich zum Krieg gezwungen, er hat aber den Anschluß erwartet, als ob Deutschland sich mit unanständigem Eifer in den Krieg gegen alle stürzte. Hätte man abgewartet, ob Frankreich aus freiem Entschluß dem Zarismus Hilfe eilte, und wäre Frankreich dann Deutschland in den Rücken gefallen, so hätte sich eine ganz andere, für Deutschland unglaublich günstigere politische Lage ergeben. Der tote Zweisitzerplan hat Deutschland gezwungen, angriffsweise gegen Frankreich und Belgien vorzugehen, und so lag schon in ihm der Keim der Katastrophe.

Spätlinghof.

Roman von Kurt von der Gider

49. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Wunderhübsch sah sie aus in der dünnen Bluse, die am Halse etwas ausgeschnitten war, und deren Ärmel Frauke der Hölle wegen aufgestrempelt hatte.

„Na, Jan“, sagte sie fröhlich.

„Ich habe meine Ohren sehr verfaßt“, sagte Jan, während er sich den Schweiß von dem von Wein und Sonnenchein getöteten Gesicht abwischte. „Unvermittelst fügte er hinzu: „Deern, sebst du mal schwul aus!“

Erschüttert wischte sie seinen Bliden aus und streifte unwillkürlich die Ärmel herunter.

„Es ist so heiß“, meinte sie, „Vater ist bei dem neuen Kontor in unserem alten Hause; er kann die alten Seiten noch immer nicht vergessen.“

„Na, dann will ich man gehen.“

„Sag“? fragte sie. „Willst du dich nicht einen Augenblick legen? Du nimmst mir ja die Ruhe mit.“ Die letzten Worte, die sie hinzufügte, waren nur eine lachhaftes Redensart; Jan nahm sie bitterernst.

„Hab‘ ich dir jemals die Ruhe genommen?“

„Ah, wie du heute bist.“ Sie erröte wieder unter seinen Blicken. „Ja, geh‘ man, ja‘ man.“

„Dann Adjuß“, sagte Jan, und plötzlich erschrak der ruhige, ernste Mann ein Taumel. Ihm war es, als könnte es gar nicht anders sein, als wäre das schöne, reise, blonde Weib vor ihm ein eigen mit Leib und Seele, als wäre er ein Dummkopf, weil er nicht längst in seine Arme geflossen hätte. Er vergaß, daß er nicht frei handeln durfte.

„Adjuß, Jan“, sagte Frauke. Da nahm er ihre Hand und da damit das Mädchen an sich heran, umschlang sie mit starken Armen und küßte sie heiß auf die zarten, kühlen Lippen.

Einen Augenblick war Frauke fast ausgestorben. Dann machte sie sich frei und stieß ihn von sich. „Psuh!“ rief sie. Dann schlug sie die Hände vors Gesicht und brach in Tränen aus.

Bei Jan trat die Ernüchterung ein. „Verzeihe, Frauke“, bat er kleinlaut, „ich habe dich ja zu lieb.“ Mit einem Schlag war es ihm klar, daß er sich vergessen hatte.

Frauke fuhr fort zu weinen. Ihr ganzer Körper bebte. Sie dachte nicht darüber, daß Jan sie liebte, daß er sie getuftet hatte, daß sie weinte vor Scham, daß er sie föhlen konnte, so heiß und hungrig, erregt vom Wein und Siegesrauschen.

Leise und bedrückt ging Jan fort; sein Haush war verlassen.

Seit diesem Tage mied er Wochenlang das Haus des Kanzlers. Er fühlte sich schuldig und wagte es nicht, Frauke unter die Augen zu setzen.

Vier Wochen mochten vergangen sein, da traf er sie eines Vormittags auf der Straße. Er wollte mit einem kurzen Gruß vorübergehen, aber ein gewisses Etwas in ihrem Wesen harrte ihn an.

Als er Frauke näher ansah, bemerkte er, daß ihr Gesicht schmäler und blasser geworden war, und daß unter den dunklen Augenringe tiefen. Heikes Mistel wuchs in ihm auf.

„Jan“, sagte Frauke gespannt, „du kommst ja gar nicht mehr zu uns. Vater hat schon nach dir gefragt.“

„Ich hatte zu viel zu tun“, entgegnete er ausweichend. Er bog absichtlich, um sich nicht in Verlegenheit zu bringen, und Frauke wußte, daß er lag, denn Hen und Korn waren längst eingefahren.

„Ich wollte dieser Tage kommen. Ist dein Vater heute abend zu Hause?“

„Nein, heute abend ist er aus, Mittwochs spielt er ja immer mit Peter Küller und Karstens Jens Solo; aber morgen ist er zu Hause.“

„Gott, ich kann morgen kommen!“ fragte Jan.

„Mann du willst!“ entgegnete Frauke. Jan sah sie an. Wie verändert sie ihm vor kam. Sie war ihm doch stets so fest und stets erschienen; jetzt war sie weich, fast demütig ihm gegenüber.

„Aber heute darf ich doch nicht kommen?“ fragte Jan; er wartete unruhig auf die Antwort.

„Ja, du darfst!“

„Es ist gut“, sagte er mit fröhlichen Augen. Am Abend trat er wie immer in das Kantorhäuschen.

Frauke saß allein in dem Stübchen bei der niedrigen Lampe. Sie sah auf und trat ihm entgegen, hold und besangen, doch ohne Ziererei. Sie reichte ihm die Hand. Ganz nahe stand sie vor ihm und sah ihn an, wie eine Braut den Geliebten anschaut, auf den sie lange gewartet hat. Er hörte ihren Atem, er spürte die Wärme ihrer Blüder und den Duft ihres Haars.

Eine warme Welle flutete über sein Gesicht; er wagte es nicht sie anzuschauen. Da sah sie ihn an der Hand und zog ihn neben sich aufs Sofa.

Ein süßes, heliges Gefühl durchdrangte ihn. Ganz sachte legte er den Arm um sie und legte sie auf das wunderschöne Haar, das er so sehr liebte.

Hand in Hand saßen sie auf dem kleinen Kanapette.

Nach Falkenhayn kam Ludendorff, und damit beginnt ein neuer Höhepunkt des Krieges — nämlich der Krieg zwischen Ludendorff und Bethmann. In ihm hat Moltke nicht mehr eingegriffen; er war zuvor, 1916, gestorben. Und als alles zu Ende war, da schrieb Ludendorff ein Buch, in dem er bewies, daß der Kopf — nämlich der seine — glänzend gewesen ist, die Nation aber miserabel. Und seitdem hört man es in allen Tonarten: Es war nicht Wilhelm, nicht Tirpitz, nicht Moltke, nicht Falkenhayn, nicht Ludendorff — es war der gemeine Mann imfeldgrauen Rock und in der Arbeitsbluse, der das Vaterland verraten und den Krieg verloren hat.

Der gemeine Mann, der vier Jahre lang blutete, hungerte und vertrautete. . . Und der nie Kache genommene hat an der hochmütigen Gauleiterhande, die ihn vier Jahr lang betrogen.

Der Antisemitismus in Polen.

Warschau, 24. Dezember.

Nach der amtlichen Statistik sind von der 27 Millionen bevoelten Bevölkerung Polens über 20 Prozent, in Wirklichkeit etwa 40 Prozent, Nichtpolen. Unter diesen stehen nach den Urteilen die Juden mit über 3 Millionen an zweiter Stelle. In mittleren und kleineren Städten machen sie häufig die Hälfte oder sogar 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung aus. Warschau mit etwa 350 000 Juden ist die größte Judentadt des europäischen Kontinents. Die jüdischen Massen sind im allgemeinen in einer seltsamen sozialen Lage.

Als die stärkste bürgerliche Partei Polens, die der Nationaldemokraten, nach der russischen Revolution 1904/1905 das Ideal der Unabhängigkeit Polens zugunsten einer Autonomie unter russischer Zentralregierung, jungen sie nach anderen programmatischen Forderungen, mit denen sich auf die Masse wirkten ließ. Sie sind diese Forderungen in dem Deutschen und Judentag.

Die Ereignisse der letzten Monate haben in Polen eine neue Hoffnung des Antisemitismus gebracht. Es begann mit der Wahl des Chauminsten, als die Minderheiten in Bezeichnung gegen die peripherie Wahlordnung sich zu einem Wahlblock zusammenstellten. Daß dieser Block bei den Wahlen gut abschnitt, insbesondere die Juden wegen des ukrainischen Wahlkotoffs in Ostgalizien im Sommer allein fast 40 Mandate erlangten, steigerte die Hebe. Ihren Gipelpunkt erreichte aber die Agitation, als am 8. Dezember Starutowicz gegen den Kandidaten der Rechten mit Hilfe der Stimmen der Juden und der anderen Minderheiten zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Der verachtete nationalistische Pöbel war nicht mehr zu halten. Es kam zu blutigen Ausschreitungen gegen jüdische und polnische Abgeordnete und schließlich fiel der neu gewählte Präsident am 16. Dezember von Mordhand. Hatte man doch der breiten Masse fogar eindringen wollen, Starutowicz sei nicht nur der „Präsident der Juden“, er sei selbst Jude.

Es gäbe für Polen ein sehr einfaches Mittel, den größten Teil der unliebsamen Minderheiten loszuwerden: Es braucht nur die annektierten Gebiete im Osten und Westen freizugeben, die überwiegend von Nichtpolen bewohnt sind.

Devisen-Kurse.

Berlin, 28. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

27. Dezember.

Amsterdam	1 Fl.	2922.47
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	491.26
Kristiania	1 Kr.	1898.99
Kopenhagen	1 Kr.	1516.20
Stockholm	1 Kr.	1970.06
Helsingfors	1 finn. Mk.	182.54
Rom	1 Lire	374.06
London	1 £	3416.487
New York	1 Doll.	7319.15
Paris	1 Frs.	536.15
Zürich	1 Frs.	1391.51
Madrid	1 Pesetas	1157.10
Wien	100 Kr.	10.37
Prag	1 Kr.	134.81
Budapest	1 Kr.	3.09

Röpulenz ist unschön

und ungesund. Wir raten Ihnen, 30 Gramm echte Toluidin-Kerne zu kaufen, die wirkliche, völlig unschädliche, feuerfeste Stoffe enthalten, davon nehmen Sie amal täglich 1-2 Silic. Sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengstr. 10. (11224)

„Verzeih!“ bat Frauke.

„Nein, verzeih du, ich war zu ungestimmt.“

Ihre Lippen pressten sich aneinander.

„Versprich mir, Jan, daß du mich niemals wieder so füllen willst wie damals.“

„Ich verspreche es dir, du meine Feine. Hast du mich denn wirklich lieb?“

„Ich habe dagegen angekämpft,“ gestand Frauke, „aber ich kann wirklich nicht mehr. — Ja, wenn deine Frau dich nicht verlassen hätte, wenn du mir nicht so furchtbar leid tätest, wenn ich nicht hämmerte an dich denken müßte!“

Enttäuschte dich noch nicht der Liebe wegen, die mich so eiliglich macht. Hab mich lieb. Eine nimmt du nichts damit, ihr tut du kein Unrecht damit.“

„Ich will dich ja auch nur ein ganz klein wenig lieb haben — mir so viel, wie man einen guten Bruder lieb hat. Versprich mir, Jan, daß du nicht mehr von mir verlangen willst; ich darf meinem alten Vater keine Unzucht machen.“

„Ich will immer mit dir zuspielen sein, was du mir aus freien Stücken gibst,“ antwortete Jan.

Länger als eine Stunde saßen sie hessammen auf dem kleinen Sofa und hielten sich an den Händen und plauderten wie Brüderchen und Schwestern.

„Deine Haare sind das Schönste an dir,“ sagte Jan, „und“, jüngte er rasch hinzu, „deine Augen!“

„Was du für einen hübschen gelben Bart hast,“ redete Frauke. Er rührte ihr Haar und legte: „Es fühlt sich an wie Seide!“ Sie streichelte seine Hände und strich ihm die Falten aus der Stirn. Sie hatte Frauke so schön und jung ausgesehen, wie war es Jan so fröhlich ums Herz gewesen.

Als Jan nach Hause ging, leuchtete ihm Frauke mit der Lampe. „Gute Nacht, mein braver Junge,“ sagte sie.

Mönchen schönen Abend verlebten sie zusammen, wie zwei Kinder, die sich von Herzen lieb haben. Allzost durfte Jan eigentlich nicht kommen, der Leute wegen. Er kam außerdem auch regelmäßig den Abend in der Woche wie früher zum Kontor.

Dann lag ihm Frauke lächelnd gegenüber. Nur ein gelegentlicher Blick sagte ihm, wie gut sie sein sei, und ab und zu streifte ihn unter dem Tisch wohl mal verschleierte ihre kleine Hand, oder ihr Haar ließ sich an jenen Schuh, dann war es ihnen, als ob elektrische Funken hinüberflögen.

Es waren schöne Stunden. Stunden von unzähliger, reiner Fröhlichkeit. Rascher gingen die Jahre dahin, sie merkten es kaum, daß sie älter wurden.

Fortsetzung folgt.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung, betr. Tarif. Die Gehaltsn., Arbeitslöhne und Lagermieten sind von sofort ab weiter erhöht worden. (11226 Lübeck, 27. 12. 1922. Die Finanzbehörde.

Kostgeltüre der Heilanstalten

ab 1. Januar 1923.

A. Allgemeines Krankenhaus:

11239	Dieselbe Auswärtsreise je Tag	je Tag
III. Klasse: Erwachsene	1200,-	1500,-
Kinder bis zu 1 Jahr	400,-	400,-
Kinder vom 1. bis zum 15. Lebensjahr	480,-	650,-
IIIa Klasse: Erwachsene	1850,-	1600,-
II. Klasse: Erwachsene	2150,-	2700,-
Kinder bis zum 15. Lebensjahr	2150,-	2700,-
I. Klasse: Erwachsene	3500,-	4300,-
Kinder bis zum 15. Lebensjahr	2150,-	2700,-
Für alle in der Entbindungsanstalt geborenen Säuglinge M. 270,- je Tag.		

B. Heilanstalt Stettin:

III. Klasse: Erwachsene	M. 460,-	M. 800,-
II. Klasse: Erwachsene	700,-	1200,-
I. Klasse: Erwachsene	900,-	1600,-

Allgemeine Ortsfranzenfasse Lübeck.

Durch Verordnung vom 1. Dezember 1922 ist die Versicherungsgrenze für der Krankenversicherung für Betriebsbeamte, Werkmeister und höhere Angestellte von, vom 11. Dezember 1922 an auf Mt. 720 000 für das Jahr erhöht worden.

Auf Grund der gleichen Verordnung sind durch Sachungsnachtrag vom 27. 12. 1922 mit Wirkung vom 1. Januar 1923 der Grundlohn, die Lohnleistungen und Rentenbezüge wie folgt festgesetzt worden:

Arbeits- zeit woche	Arbeits- lohn für den Grund- lohn tag bis einfach. M.	Wochen- beitrag bei 10 %	Krankengeld bei Regel- Leistungen 50 %	Sterbegeld bei Mehr- Leistungen 60 %	Sterbegeld bei Regel- Leistungen 20fache des Grundlohns
			Regel- Leistungen 60 %	Mehr- Leistungen 30fache des Grundlohns	
I	50	40,-	24,-	26,-	800,- 1200,-
II	120	100,-	60,-	50,-	2000,- 3000,-
III	200	180,-	90,-	108,-	3600,- 5400,-
IV	280	250,-	135,-	153,-	5200,- 7800,-
V	370	350,-	210,-	210,-	7000,- 10500,-
VI	470	450,-	270,-	270,-	9000,- 13500,-
VII	570	550,-	330,-	330,-	11000,- 16500,-
VIII	670	650,-	390,-	390,-	13000,- 19500,-
IX	500	500,-	450,-	450,-	15000,- 22500,-
X	950	900,-	540,-	540,-	18000,- 27000,-
XI	1100	1050,-	630,-	630,-	21000,- 31500,-
XII	über 1100	1200,-	720,-	720,-	24000,- 36000,-

Für unständig Beschäftigte ist der Ortslohn durch Zuschläge wie folgt erhöht werden:

Für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte		Für die Land- bezirke	
männl.	weibl.	männl.	weibl.
M.	M.	M.	M.
1200	—	—	—
900	450	750	350
750	350	550	250
450	150	350	100

für männl. Transportarbeiter, über 21 Jahre
sonstige Versicherte über 21 Jahre .. .
Versicherte von 16-21 Jahren .. .
Versicherte unter 16 Jahren .. .

Beiträge, Krankengeld, Sterbegeld für unständig Beschäftigte sind nach diesen Ortslöhnen die gleichen, wie sie vorstehend für die entsprechenden Lohnstufen verhältnisgleich werden.

Mitglieder, deren Grundlohn nach dieser Änderung Mt. 400,- übersteigt, haben nach der Verordnung vom 1. 12. 1922 auf Leistungen nach einem Grundlohn von über Mt. 400,- ab 29. Februar 1923 Einspruch. Mitglieder, die bereits am 1. 1. 1923 erkrankt waren, haben für die Dauer dieser Erkrankung überhaupt keinen Anspruch auf höhere Leistungen.

Die Arbeitgeber werden hierdurch erlaubt, die aus Satzung der Grundlohnsteigerung zur Berechnung der Beiträge erforderlichen Differenz oder Monatslöhne der Kasse spaterstens bis zum 5. Januar 1923 aufzugeben, die neu versicherungspflichtig werdenden Personen dagegen bis spätestens 30. Dezember 1922 vorchristmäßig zu melden.

Wer die Söhne geben oder die Meldung untersagt oder verspätet bewirkt, verfällt in Strafe.

Lübeck, den 29. Dezember 1922.

Der Vorstand

Joh. Körner, Vorsitzender. A. Steudel, Schriftführer.

11257)

Margarine billiger

pro Pfund 870,- 910,- 950,- M.

Schmalzabzüchter .. . 1500,- M.

Holmlin .. . 900,- M.

Kinderzucker .. . 900,- M.

Fruchtpeeling .. . 950,- M.

Lübecker Margarine-Centrale,

A. Dreessen.

Geschäftsstellen: Holstenstraße 6, Marthahalle, Wittenberge 48, Königstr. 48, Neugäßchen 37, Blumenstr. 27, Holstenstr. 22, Gr. Grindel 27, Harlesgrube 18, Georgstr. 24, Warenstraße 9, Friedrichstr. 1, 11229) Schwarzw. Schützay.

Bestellungen

per Lieferung des

Seiten und Verordnungsblattes der freien und Hansestadt Lübeck

zumut erliegen die

Zusammenfassung Lübecker Vollstreck.

Privat-Handelskurse.
Der Unterricht beginnt
am 8. Januar.
Karl Hinze Peter,
Moltkestr. 5. (11242)

Preiswerter Sitz:

12 Fl. Vanille-Lit.	1500,-
do	2200,-
½ " Kaffee-Lit.	1600,-
do	2500,-
½ " Meisen-Lit.	1550,-
do	2400,-
½ " Kaffe-Lit.	1550,-
do	1900,-
½ " Danz. Gebärd.	1600,-
do	2900,-
½ " Münchensitze	880,-
do	1920,-
½ " Gold.-Wied.	1550,-
M. 1650,- M.	AC

Eduard Speck,
Hügstr. 80-84. (11258)



Gläser · Bowlen

Scherz - Artikel

Gesellschaftskleidung

Gesellschafts - Schuhe

Neujahrskarten

Kalender 1923

Wie im Vorjahr halfen wir am Sonnabend-

Nachmittag einige Tausend

gefüllte Berliner

Pfannkuchen

in unserem Erfrischungsraum verkaufbereit

Allgemeinheit i. Be- vollmachten i. Lübeck e. B.

Gemeinschaft. Sitzung
von Vorstand
u. Kontroll-Kontrollen
am Freitag, 29. Dez. abends 7 Uhr
im Geschäftshof,

Quaderstr. 51. (11230)

Der Vorsitzende des

Kontroll-Kontrollen.

Um die Abstimmung

der Mitglieder bei den

Neuzugängen könnten

erledigt, die Beitrags-

Höhe in allen 3 Zeilen

sollte vorausnehmen.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Lübeck. (11246)

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Lübeck

Veranstaltung

aller Betriebsräte

und Betriebsräte

die bei uns organisiert

sind,

am Freitag, d. 29. d. M.

abends 7 Uhr,

im Gewerkschaftshaus.

Zusageordnung:

Schrift von den Lohn-

verhandlungen.

Innerer Verbandsange-

legenheiten.

Der Vorstand.

Zentralverband

der Zimmerer

Bezirk Lübeck.

Südwesten-Döbeln

1. Bellage.

Donnerstag, 28. Dezember 1922.

Nummer 302.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 28. Dezember.

Mütterchen.

Klein-Jäbbill, das vierjährige Mütterchen, geht am Weihnachtsabend mit ihrem neuen Püppchen zu Bett. Sie hat selber so oft bei Mutterle unterkriechen dürfen, nun soll ihr eigenes Püppchen bei ihr schlafen.

Später, als Mutter ins Zimmer tritt, sieht sie: Das Kind ist auf das Püppchen gerutscht — wie liegt es hässlich! Sie löst das Püppchen heraus und legt es auf die Bettdecke.

Später, die Eltern gehen zu Bett, erwacht das Kind. Noch im Halbdunkel: „Mutterle, wo ist mein Püppchen?“ Die Mutter legt es wieder neben das Kind. Das schläft befriedigt wieder ein.

Später, tief in der Nacht, ruft Klein-Jäbbill ängstlich: „Mutterle, ich muss zu dir ins Bett.“ „Warum denn?“ „Das Putzchen hat nicht mehr Platz.“ Sie liegt ganz am Rande des Bettes, und das Püppchen ist nachgerutscht.

Ja, ja, Müttersorgen! —

Die neuen Abzüge von der Einkommensteuer.

Am 1. Januar tritt das abgeänderte Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn in Kraft. Wir haben bereits eine Tabelle gebracht, aus der zu erscheinen ist, von welcher Grenze ab erst ein Abzug vorgenommen werden darf. Ebenso wichtig ist, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger wissen, wie hoch die neuen Sätze sind, die beim Abzug der zehnprozentigen Steuer vom Lohn oder Gehalt zu berücksichtigen sind. Sie betragen:

für den Mann monatlich	200 M.
wöchentlich	48 M.
für die Frau monatlich	200 M.
wöchentlich	48 M.
für ein minderjähriges Kind monatlich	1000 M.
wöchentlich	240 M.
für einen mittellosen Angehörigen (der Abzug muss vom Finanzamt genehmigt sein)	1000 M.
wöchentlich	240 M.
Werbungskosten, monatlich	1000 M.
wöchentlich	240 M.

Wenn ein minderjähriges Kind über 17 Jahre alt ist und dessen Arbeitseinkommen bezieht, so kommt ein Abzug für dieses Kind nicht in Frage. Maßgebend für den Abzug ist immer die Zahl der Kinder und der mittellosen Angehörigen, die auf dem Steuerbuch vermerkt sind.

Die Steuerbücher werden unentgeltlich ausgestellt. Ein Steuerbuch haben sich die Arbeiter auch dann zu verschaffen, wenn sie zur Zeit in keinem Arbeitsverhältnis stehen oder wenn für sie keine Steuermärkte verwendet werden. In die Steuerbücher für 1922 sind Steuermärkte für den noch dem 1. Januar 1923 fällig gewordenen Arbeitslohn nicht mehr einzufüllen. Die Steuerbücher für 1923 dürfen erst von Neujahr an benutzt werden. Die neuen Steuerbücher sind spätestens bei der ersten Gehalts- oder Lohnzahlung im Jahre 1923 dem Arbeitgeber vorzulegen, dem sie auch zur Aufbewahrung überlassen werden können.

Wer mittellose Angehörige zu unterhalten hat, oder wer mehr minderjährige Kinder hat als auf dem Steuerbuch verzeichnet sind, wer höhere Werbungskosten hat, muss Abzug an dem Finanzamt stellen, wenn er eine Verminderung seiner Einkommensteuer erreichen will. Diese Anträge auf Verkürzung dieser Werbungskosten oder mittelloser Angehöriger sind bis Ende 1922 beim zuständigen Finanzamt, Anträge aus Anlaß der Vermehrung der Familieneinkommen um wenigstens zwei, wenn es sich um minderjährige Kinder handelt, bei der zuständigen Oberfinanzdirektion, sonst ebenfalls beim zuständigen Finanzamt vor Abzug des ersten Kalendervierteljahrs 1923 zu stellen.

In zwei Beispielen wollen wir zeigen, wie der Abzug der Steuer vom Arbeitslohn vorzunehmen ist. Ein verheirateter Arbeiter mit drei minderjährigen Kindern erhält einen Wochenarbeitsdienst von 15 000 Mark. Zehn Prozent Einkommensteuer sind 500 M. Daraus gehen ab: für den Mann 48 M., für die Frau 48 M., für die drei Kinder 720 M., für Werbungskosten 240 M., macht zusammen $(48 + 48 + 720 + 240)$ 1056 M. Diese 1056 Mark sind von den 1500 M. abzuziehen, so daß dieser Arbeiter wöchentlich 444 M. Einkommensteuer zu bezahlen hat. Dieser Betrag ist vom Lohn abzuziehen.

Ein verheirateter Angestellter mit zwei Kindern hat 80 000 Mark Einkommen im Monat. Zehn Prozent Einkommensteuer ist 8000 M. Daraus gehen ab: für den Mann 200 M., für die beiden Kinder 2000 M., für Werbungskosten 1000 M., macht zusammen $(200 + 200 + 1000)$ 3400 M. Dieser Betrag ist von den 8000 M. abzuziehen, so daß der Angestellte für den Monat 4600 M. Einkommensteuer zu entrichten hat. Der Betrag, der einbehalten wird, ist stets auf volle Mark nach unten abzutunzen. Aus rund dieser Beispiele kann sich jeder Lohn- und Gehaltsempfänger selbst ausrechnen, wieviel Einkommensteuer er vom 1. Januar 1923 ab zu zahlen hat.

Christliche Gemüter!

Gierwucher.

In den „Hamb. Nachz.“ lesen wir: „Ein Hamburger Hotelier erhält, ohne dazu aufgefordert zu haben, von einem Hüttenschlucker in der Nähe von Bergedorf ein Angebot auf Lieferung frischer Eier. Der Hotelier erklärte sich bereit, jede Menge teuer Zeit einzunehmen, falls die Eier zum Tagespreis für Großbedarf geliefert würden. Daraufhin ging von dem Hüttenschlucker ein Schreiben ein, in dem es heißt:

„Frische Eier kann ich Ihnen leider nicht zum Tagespreis für Großbedarf liefern, falls Sie darunter einen Preis verstecken, welcher sich um 100 M. für das Stück bewegt, denn das erzielt ich schon für jedes Quantum in dieser Gegend. Ich suche einen Markt, der bedeutend bessere Preise zahlt, kann, denn infolge der jetzigen Kutterpreise sind die Eierpreise nur ein Drittel bis ein Viertel von dem, was sie betrachten lassen. Die deutsche Bevölkerung kann auszeit Preise, wie wir sie brauchen, nicht zahlen; für diejenigen Kreise jedoch, welche die ersten Hotels besuchen, müssen sie keine schwere Last sein. Vor allem die Ausländer und in ihrem Lande ja auch sehr viel höhere Preise zahlt. Ich würde gern von Ihnen hören, ob es Ihnen möglich ist, mir einen Preis zu bewilligen, der sich um 200 Mark pro Stück bewegt.“

Ein Kommentar zu diesem Briefe erübriggt sich eigentlich. Je mals ist der Gehaltsarbeiter, mit Hilfe der valutafesten Ausländer die Preise zu erzielen, nur ein lämmliches Feigenblatt für

die schnelle Gewinnsucht, die die eigenen Taschen zu füllen strebt und dabei an der Tasche, daß der deutsche Konsument „bessere Preise“ nicht zahlen kann, mit fastiger Herzlosigkeit vorübergeht! Das ist echt deutsch-völkische Gesinnung. Ein Demokrat oder gar Sozialdemokrat ist dieser „notleidende“ Agrarier sicher nicht.

Noch ein Dokument agrarischer Ausbeutung.

Der glückliche Wind möchte dem „Hamb. Echo“ dieses Schriftstück auf den Redaktionstisch: **Dauenhof, 9. Dezember 1922.** e. G. m. u. H. Dauenhof.

Mitteilung an unsere familiäre Kundenschaft!

Da die Bezahlung der Vollmilch mit dem Wert desselben in seinem Verhältnis steht, ist uns leider nicht möglich, unserer Kunden die gewünschte Vollmilchmenge zulassen zu lassen. Durch Verarbeitung läßt sich ein Preis von 30 bis 35 M. pro Liter mehr erzielen. Desgleichen teilen wir unserer werten Kundenschaft mit, daß wir Überpreise nicht fordern.

Genossenschafts-Meierei e. G. m. u. H. Dauenhof.

Der Inspector. (Unterschrift unleserlich.)

Der tollwütige Friedenspreis für Milch genügt also noch nicht, denn durch Verarbeitung der Vollmilch zu Butter und Käse lassen sich noch 30 bis 35 Mark pro Liter herauszuholen. Wichtiger als die Erhaltung tausender Großstadtkinder, Säuglinge, Krank und Alter ist den Agrariern der über alles heilige Profit. Doch: Überpreise fordern sie nicht, und sie unterstützen das in ihrem obigen Schreiben besonders, damit man es auch ja deutlich versteht, daß, wer Überpreise freiwillig zahlt kann und will, Vollmilch erhalten kann. Wirklich Dokumente der Schande.

Die Vorteile des Gasverbrauches.

Vor dem Kriege führte Deutschland sehr große Mengen Kohlen aus. Durch die Kosten des Friedensvertrages haben sich die Verhältnisse so geändert, daß Deutschland infolge der Lieferung von rund 480 Millionen Zentner Kohle an die Entente jetzt genötigt ist, für den Inlandsverbrauch große Mengen ausländischer Kohle einzuführen, die Dollars und Pfund kosten. Deshalb muß Kohle gespart werden.

Nun wird aber die Kohle im Kochherd nur etwa zum zehnten Teile ausgenutzt, der Rest geht verloren. Auch im Gewerbebetrieb, z. B. in der Schmiede, kommt nur der zehnte bis zwanzigste Teil zur Geltung, während bei der Zimmerheizung immerhin die Hälfte der Kohle wirtschaftet wird.

Diese Verluste werden sehr bedeutend verringert, wenn die Kohle vor dem Gebrauch in Gas umgewandelt wird. Wenn bei der Entgasung der Kohle wird die Heizkraft der Kohle bis zu 75 Prozent, also zu $\frac{1}{4}$ v. H. erhöhten. Dabei entstehen außer dem Gase selbst noch die wertvollen Produkte Koks, Teer, Ammoniak und Benzol.

Vor allem aber läßt sich Gas wirkungs voller und rationeller im täglichen Gebrauch anwenden als die Kohle. Wenn 1 Zentner Steinkohle (Preis heute über 3000 M.) im Haushalte zur Speisebereitung und zur Heizung verbraucht wird, so kann dieselbe Leistung mit 9 Kub. Gas (Preis heute 1125 M.) erzielt werden. Für diese 9 Kub. Gas aber sind im Gaswerk nur $\frac{1}{2}$ Zentner Steinkohle erforderlich. Dasselbe werden jedoch dem Verbrauch später noch $\frac{1}{2}$ Zentner in Form von Koks zurückgegeben, so daß für die 9 Kub. Gas tatsächlich nur $\frac{1}{2}$ Zentner Steinkohle nötig waren. Das Gaswerk kann also mit der gleichen Kohlemenge rund dreimal so viel Abnehmer befriedigen, als der Kohlenhändler.

Ganz ähnlich liegt der Fall bei den industriellen Feuerungen, weshalb das Reichsverkehrsministerium im Frühjahr d. J. bereits die Eisenbahnwerksstätten angewiesen hat, die vorhandenen Kohlenfeuer zunächst durch Gasfeuer zu ersetzen.

Wer also Kohlen sparen, damit den Ankauf von Denken vermindern und die Kaufkraft der Mark stützen will, muß statt Kohlen Gas benutzen.

Ausschüfführung der Allgemeinen Ortsfrankensäße.

Der Ausschluß tagte am Mittwoch abend in der Schiffsgesellschaft. Zur Beschlusssitzung stand eine Vorlage des Vorstandes, die eine Änderung der Satzungen in bezug auf den Grundlohn vorstellt. Der Grundlohn, nach dem die Beiträge und das Krankengeld berechnet werden, war bisher nach 11 Stufen festgesetzt, die mit einem Tagelohn von 15 M. begannen und in der höchsten Stufe mit 400 M. endeten. Die Vorlage des Vorstandes sieht vom 1. Januar 12 Stufen vor, die mit einem täglichen Grundlohn von 50 M. beginnen und mit 1200 M. im Höchstlohn enden.

Die höchsten Beiträge sind in der niedrigsten Stufe 24 M., in der höchsten 720 M., das tägliche Krankengeld nach 26wöchiger Mitgliedschaft beträgt vom 12. Februar ab in der niedrigsten Stufe 24 M., in der höchsten 720 M. Die am 1. Januar laufenden Krankheitsfälle werden für die Dauer dieses Falles nach dem alten Grundlohn entschädigt. — Der Betrag bis zu dem der Vorstand bei größeren Heilmitteln bewilligen kann, wird von 1500 Mark auf 5000 Mark erhöht. In der Debatte wurde namentlich die Höhe des Beitrags in der höchsten Stufe von 720 M. als viel zu weitgehend kritisiert. Die Vorlage des Vorstandes wurde zum Schlus mit großer Mehrheit angenommen. Die vom Vorstand angeregte Erhöhung des Sichtungsgeldes von 30 M. auf 60 M. wurde abgelehnt. Ein von mehreren Ausschußmitgliedern auf Wunsch des Betriebsrats der Angeleiteten eingebrachte Beitrag, daß an den Vorstandssitzungen ein Mitglied des Betriebsrats mit beratender Stimme teilnehmen soll, wurde angenommen.

— dt. 25 Jahre freie Gewerbeschafft. Am 1. Januar kommenden Jahres blieb der Zentralverband der Hotels, Restaurants und Cafés-Angestellten (Sitz Berlin) auf seine 25jährige Zugehörigkeit zu den freien Gewerbeschafft zurück. Bei Gründung trug der Verband den Namen Verbund deutscher Gastwirtschaften, um später im Jahre 1920, als sämtliche gastronomischen Verbände in Erfurt zu einer Einheits-Organisation zusammentraten, olden Namen anzunehmen. Leider haben sich bei dieser Neugründung nicht alle Hoffnungen erfüllt. Im Interesse sämtlicher gastronomischen Angestellten wollen wir aber wünschen, daß die Ziele des Verbandes bald verwirklicht werden. Der hiesige Zweigverein wird aus diesem Anlaß am Dienstag, dem 16. Januar einen Festball im Gewerbehaus abhalten, woran wir bei dieser Gelegenheit gleich teilnehmen möchten.

Eine öffentliche Versammlung veranstalteten die Kommunisten am Mittwoch im Gewerbehaus. Das Bürgerschaftsmitglied Koch hielt eine Rede, in der die Vorortgemeinde in der Bürgerschaft breit ausgelegt wurden, ohne daß ein neuer Gedanke aufgetaucht wäre. Der Sinn des Ganzen war, daß die Kommunisten erwarten, die sozialdemokratische Fraktion soll sich den Gewerkschaften der Kommunisten anpassen, dem bürgerlichen Senat aufstellen und eine Arbeitserneuerung bilden. Im Grunde

genommen seien die Kommunisten zwar für die Diktatur des Proletariats, aber vorläufig würden sie sich mit den in ihrem Schrein an die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion gestellten Forderungen begnügen. Sollten die Sozialdemokraten anderer Sinnes sein, dann bleibe nichts anderes als der Appell an das Volk übrig. Die langweiligen Aufführungen wurden in einer Entschließung zusammengefaßt, die ebenso faschistisch auslang wie der Wortschwall des Referenten. Um die Versammlung interessanter zu gestalten, hatte man durch Plakate Senat und Bürgerschaft eingeladen. Sozialdemokratische Sprecher traten nicht auf, weil diese nach allen bisherigen Erfahrungen in der Regel niedergebrüllt werden. Die Absicht der Einberuber, auf Kommando kommunistische Versammlungen zu beleben, wurde so durchkreuzt.

Winterverkehr Lübeck-Finland. Die Finska Angartings Aktie-Bolaget in Helsingfors wird mit ihren Dampfern „Mira“ und „Regit“ auch in den Wintermonaten jeden Sonnabend ab Lübeck fahren und zwar nach Helsingfors. Falls dieser Hafen wegen Eisens geschlossen werden müßten, werden die Schiffe nach Hangö expediert werden. Die Angartings-Aktiebolag „Transito“ in Åbo wird mit Dampfer „Halland“ die Linie Lübeck-Åbo fortsetzen: der Dampfer wird jeden zweiten Sonnabend von hier fahren. Die Lübeck-Koldinger Dampfschiffahrtsgesellschaft (C. F. Schult & Co.) wird die Dampfer „Helgoland“ und „Iskaria“ gleichfalls auch im Winter an Helsingfors bzw. Hangö und Åbo laufen lassen und zwar wird jeden Sonnabend ein Dampfer von hier ausgehen. Die Lübeck-Wiborg-Dampfschiffahrtsgesellschaft (Deutsch-Finnland) wird Dampfer „Göta“ im Åbo expediert bis auf weiteres noch auf Wiborg. Sobald letzter Hafen geschlossen ist, behält die Gesellschaft sich vor, bei Bedarf und nach Vereinbarung mit der Finska Dampfer auf Helsingfors bzw. Hangö einzulegen.

Der Dank des Reichspräsidenten an die Rheinländer. Bei der Rheinlandausstellung in der „Stadttheile“ stattfand, war eine Entschließung gefaßt worden, die dem Reichspräsidenten übermittelt worden ist. Reichspräsident Ebert hat jetzt dem Verein der Rheinländer Lübeck und Umgegend folgendes Antwortschreiben zugeschickt:

Der Vereinigung der Rheinländer spreche ich namens des Reichs meinen herzlichen Dank aus für das Bekennnis ihrer unerschütterlichen Treue zum Vaterland. Ebenso wie die Brüder und Schwestern im belegten Gebiet trotz aller Bedrückung in unerschütterlicher Treue zum Reiche auftreten, stehen auch wir in gleicher Treue zu ihnen: niemals werden die Bande gelöst werden können, die uralte Volksgemeinschaft und tausendjährige Kultur in gemeinsamer Gedächtnis gleichmiedet haben. Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung und freundlichen Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener Ebert.

Die Zentrale für private Fürsorge hatte sich außer ihren Weihnachtsfeiern in den Stiften noch 118 Kinder zum Sonnabend abend in das Evangelische Vereinshaus eingeladen. Jedes Kind erhielt Kleidungsstücke, Spielzeug und Süßigkeiten.

Eine Weihnachtsfeier veranstaltete auch die Gemeinnützige Brüder in Langen. Sie vereinigte ihre vielköpfige jugendliche Mitarbeiterchar in Kontorrum der Sammelstelle. Durch freundliches Verständnis heimischer Geschäftsfirme war es möglich, den Kindern in diesem Jahre reichere Gaben zuzuführen als früher.

Fatty als Bühnenheld wieder im Central-Theater. Fatty Arbutus, der große und dicke amerikanische Filmkomiker, der mit seinen neuen grotesken Einfällen auch den Hartgesottenen zum Lachen bringt, leistet mit seiner Truppe wieder Übermenschliches. Was dieser Amerikaner alles aushält, gehört zum Unglaublichen auf dem Gebiete des Filmkomik. Der Andanger Fatty werden täglich mehr und in Lübeck gehen sie in die Läden. Ein weiterer amerikanischer Film ist „Die Maße“. Gute Darsteller haben auch diesem Werk zu einem ansehnlichen Erfolg verholfen. Die dritte Programmnummer bereitet sich „Die schwere Hand“. Eine Parodie auf die unstrümpfigen Verbrecherfilme, zwar etwas übertrieben, aber dennoch ansehnswert.

pb. Ermittelt wurden zwei hiesige in der Hundestraße bzw. Schumacherstraße wohnhafte Arbeiter, die aus Unfug die Glasscheiben von Feuerwehrmännern zertrümmert und den Feuerwehrapparat unruhig in Bewegung gelegt haben, wodurch die Feuerwehr alarmiert wurde. Einer der beiden, gegen den Haftbefehl wegen Diebstahl vorlag, wurde festgenommen.

pb. Festgenommen wurde ein Kaufmann aus Gleschendorf, der einer hiesigen Witwe für eine Zeichnung einen Scheiß übergeben hatte, für den keine Deckung vorhanden war. Der festgenommene, gegen den schon weitere ähnliche Fälle zur Anzeige gebracht sind, dürfte sich wegen Betruges zu verantworten haben.

pb. Wegen Diebstahls von Eisen wurden zwei Arbeiter festgenommen. Gleichzeitig wurde ein in der Hartengrube wohnhafter Tödler festgenommen, der Metalle aufgekauft hatte. — Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Klenesfeld, der die Fensterscheibe eines Tödlers zertrümmerte und aus der Auslage einen Koffer und diverse Wäsche stahl. — Aus einem Restaurant in der Fadenburger Allee ist ein neuer Opossum und ein Stunkskogen gestohlen worden. — Aus einem Huigehäus in der Königstraße sind 7 bis 8 blaue Mützen, 3 Wollhals, mehrere Hüte, 2 schwarze Herrenpelzkrallen, 6 Hemden, 2 Bluseleider, 20 bis 25 seide Seilsbinden, 8 Dauerkrallen und 10 Holenträger gestohlen worden. — Aus einem Geschäft in der Hügstraße wurden vier Koffer, 2 Maulbügelsäcke, 15 Damentaschen, circa 60 lederne Brieftaschen und circa 30 kleine Geldscheintaschen gestohlen. — Von einem im Hafen liegenden Dampfer wurden zwei gut erhaltene Regentücher, ein neuer schwarzer Regentrock mit Gürtel, ein langer schwerer Tuchmantel, ein kurzes schwarzes Tadett und zwei alte Hosen gestohlen worden.

pb. Festgenommen wurde ein Kaufmann aus Hamburg, der in dem dringenden Verdachte steht, aus einem Restaurant in der Fadenburger Allee zwei Damenseide gestohlen zu haben.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Verein, 10. Distrikt, Freitag, den 29. Dez., abends 7½ Uhr, Versammlung der tätigen Genossen im Polterkrug. (11249)

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Morgen wichtige Sitzung. (Siehe heutige Anzeige.) Der Vorstand des IDGV.

Der Mieterschutzverein hält heute abend im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab, in welcher unter anderen wichtigen Angelegenheiten den Mitgliedern die Zusammensetzung der am 1. Januar in Kraft tretenden Miete erläutert wird.

Stadttheater. Freitag: „Don Juan.“ Diese Vorstellung ist die erste Vorstellung in der zweiten Hälfte des Abonnements. Sonnabend: Shakespeares Lustspiel „Was ihr wollt“.

Haspa-Theater. Heute und morgen: „Frasquita“. Silvester: Komödie Raffa.

Angrenzende Gebiete.

K Gutin. Der Landesausschuss hielt am vergangenen Freitag eine Sitzung ab. Auf die Fragen der sozialdemokratischen Mitglieder erklärte die Regierung u. a., daß die Holzpreise per Festmeter auf 8100 M. festgesetzt worden seien. Dazu kommt noch das Anmühgeld. Bei diesen Preisen werden sich die meisten Arbeiter und Angestellten kein Holz kaufen können. Für Unbedarftes wird der Preis auf 2700 Mark festgesetzt. Über die Frage der Entfernung der monatlichen Abrechnungen gibt die Regierung die Erklärung ab, doch nach der Bekanntmachung, die am 9. August sämtlichen Gemeinden ausgestellt ist, in sämtlichen Schulen und Staatsgebäuden demgemäß zu verfahren ist. (Hoffentlich wird der Magistrat in Schwerin dies jetzt nachholen.) Zu der Anfrage über Landesabrechnungen der Kirchen erwidert die Regierung, daß das Buchhaltungssamt zu entscheiden habe. Der Landwirt Schmerkensfeld erklärt, daß ein Preis von 90 Mark pro Kiste nicht zu hoch sei, obwohl das Kirchenland als Kartoffelland nicht in Frage komme. Was werden dann im nächsten Jahre die Kartoffeln kosten? Angenommen wurden folgende Tagesordnungspunkte: 1. Rendierung der Gemeindeordnung; 2. Festsetzung des Schulgeldes für die landwirtschaftliche Winterschule; 3. Regelungs-Bekanntmachung betr. den Tödelschaden. Über Punkt 3 der Tagesordnung: Mit einer Billigung entpans ich eine rege Debatte an der sich alle unter Genossen lebhaft beteiligten. Sie bezweifelten, daß sich durch die freiwillige Erklärung der Landwirte die Milchverbilligung durchführen ließe. Über der Landesabrechnung kann an der Sache nichts ändern, weil der Landtag es so beschlossen hat. Wir sind der Ansicht, daß die Union nur auf dem Verordnungswege durchzuführen ist. Punkt 6 der Tagesordnung: Röfgen eintritt. wurde aufgelöst. Obgleich von sämtlichen Landesabrechnungsmitgliedern die Notwendigkeit erkannt werden mußte.

Gutin. Ein Raub der Flammen wurde am 2. Weihnachtsfeiertag das Viehhäuschen des Hofschrägers W. Schuhmacher jun. im benachbarten Orte Füllau. Bis auf 1 Kalb, das dem Feuer zum Opfer fiel, gelang es, die Kinder, durch den Brandgeruch aufmerksam gemacht, rechtzeitig Hilfe alarmierten, den zuerst wertvollen Viehbestand noch zu retten.

Homburg. Eine Bluttat trug sich in der Nacht zum Mittwoch im Hause Wendenstraße 112 zu. Dort töte der Schlosserlehrling Reck seinen Lederwirt, den Schlosser Mathias, im Streit, weil M. mit seiner Mutter ein Verhältnis unterhielt, das die Mutter lösen wollte. — Eine Hetzergie drohte sich in St. Pauli ab. Der Arbeiter Gollmann, der gezeugt von seiner Frau wohnte, wollte seine Kinder zu Weihnachten sehen. Es kam zum Streit, in dessen Verlauf S. zu einem Fleischmesser griff, mit dem er auf seine Frau eintrug. Er drohte ihr auf der Straße eine zehn Zentimeter lange und im Rücken eine 25 Zentimeter lange lassende Wunde bei. Frau S. verlor insbesondere des starken Blutverlustes das Bewußtsein und mußte ins Hafenschenkenhaus geführt werden. S. wurde verhaftet.

Hamburg. Eine jüngste Bluttat wurde am zweiten Weihnachtstage morgens von dem Landwirt Kappert an der 19-jährigen Tochter Hertha des Gemüsebauern Meyer in Ochsenwerder verübt. Als morgens gegen 6½ Uhr der erwachsene Sohn der Hertha den Diensthof betrat, fand er seine Schwester mit sichtbaren Kopfverletzungen tot am Boden liegend vor. Ein Schläger mit Messer war ungetan. Kappert ist berührt und seine Hof bewohngelassen und trat später auf der Polizeistation in Bergedorf eingefunden. Er soll jahrelang in einer Irrenanstalt untergebracht gewesen sein. Kappert wurde von den Hamburger Polizeibeamten ins Untersuchungsgefängnis eingestellt. Der Mörder gibt feinerlei Auskunft.

Hamburg. Der Juwelenraub eines Haushalts. Die hiesige Polizei hatte in Erfahrung gebracht, daß bei einer Haushaltsschlüsselgruppe von Sammlern unter der Hand verkauft werden sollten. Die Beamten begaben sich dort hin und waren als touristische Inspektoren auf. Anfangs wollten die Leute von den Werkstätten nichts wissen. Als die Beamten aber 6000 Dollars vorzeigten, es waren allerdings angeblich, die ihre Zahlungskraft verloren hatten, ließ man sie in die Wohnung, wo zwei große Schäbe an Schmuckstücken angezogen wurden. Jetzt gründen die Beamten zu vermuten die ganze Familie und Bekannten alle Gegenstände im Wert von über 5 Millionen Mark. Da alle Gegenstände und Verbindungen mit dem Sammel-

einer englischen Firma versehen sind, ist anzunehmen, daß die Wertsachen entweder von der Beuteburg einer Exportsendung oder von einem Einbruch in Merito herührten.

Astora. Zu der Auseinandersetzung des Gehembündlerneises in dem Fabrikontor einer Schokoladenfabrik wird noch mitgeteilt: Am 18. Dezember 1922, abends gegen 8½ Uhr, wurde in einem Fabrikontor des Stadtteils Ottensen eine Versammlung von 25 Teilnehmern aufgelöst. Leiter der Versammlung war der Fabrikbesitzer Riedel, der als Besitzer einer Ottenser Schokoladenfabrik auch seine Kontorempfehlung seit Monaten für diese neheimer Zusammenkünfte zur Verfüzung gestellt hatte. Die Teilnehmer — fast durchweg ehemalige Offiziere, dem Berufe nach Kaufleute, Beamte, Studenten, ein Lehrer, ein Oberpostdirektor — gehörten zweifellos einer Verbündeten Partei an, deren Doktrin, Verfaßung und Zweck von der Staatsregierung geheim gehalten werden sollte. Da umfangreiches Beleidigungsmaterial, wie Schriftstücke über Geheimhaltung der Organisation und deren Abschüttungsmaterial, wie ein Klappenschrank, zwölf Feldtelefone, Armeefabrik, Küstenelemente, Infanterieschießel, Leuchtstofflampen, Vermummungsmaterial, Signalhörner, Kanonenrohre und Weißpfeifen vorzufinden waren, mußten sämtliche angetroffenen Personen vorläufig festgenommen, dem Vorleseramt zugeführt und nach Abschluß der polizeilichen Ermittlungen teils dem Gericht vorgeführt, teils wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Bei den in Hamburg wohnhaften Mitbeschuldigten wurden insgesamt 17 Gewehre, 2 Handgranaten und weitere Bewaffnung vorzufinden. Wegen Verheimlichung bzw. Weiterverteilung von 150 weiteren Gewehren werden sich die Teilnehmer auf jedem noch zu verantworten haben. Das gesamte Material wird der Staatsanwaltschaft voraussichtlich jedoch dem Herrn Oberstaatsanwalt in Leipzig überwiesen werden, da bereits seit etwa einem halben Jahre gegen Riedel und Genossen ein Strafverfahren wegen Geheimblindelei beim Staatsgerichtshof in Leipzig lauft.

Niels. Untergang eines Bergungsdampfers. Der zum Kommando der Torpedoschule Mürwik gehörige Bergungsdampfer „Unterar“ befand sich am Mittwoch, dem 29. Dezember, auf einer dienstlichen Fahrt nach Niels und hatte bestimmt gemäß am Donnerstag morgen hier einzutreffen müssen. Das Fahrzeug ist seit dem genannten Zeitpunkt verschollen. Alle Nachforschungen mit Hilfe von Küstenstationen sowie Abfischen der westlichen Ostsee mit Torpedobooten sind erfolglos geblieben. Es muß angenommen werden, daß der Dampfer aus noch nicht ermittelten Ursachen untergegangen ist. An Bord befanden sich zwei Unterküpfere und zehn Mann, von denen die beiden Unterküpfere und kein Mann zum Kommando der Torpedoschule, die übrigen vier Mann zum Kommando der Marineschule Mürwik gehören. Der Standort Mürwik muß somit mit hoher Wahrscheinlichkeit den Verlust von zwölf breiten Seelen aufzuweisen, was um so wahrscheinlicher ist, als zwischen bereits die Leiche eines Matrosen an der dänischen Küste mit verschiedenen Trümmern des Dampfers angetrieben ist.

Eddersörde. Zusammenschluß der deutschen Ringwadenfilzvereine. Im April dieses Jahres konstituierte sich der Schleswig-Holsteinische Ringwadenfilzverein. Nach der gleichen Satzungsfassung wie in dem Schleswig-Holsteinischen Ringwadenfilzverein ist nunmehr der Zusammenschluß der gekommenen deutschen Ringwadenfilzvereine erfolgt. Sitz des Verbandes ist Eddersörde. Sein Zweck und Ziel ist Wahrung der Berufsinteressen. Von seinen Mitgliedern verlangt er Einhaltung der dem Ringwadenfilzverband obliegenden Pflichten, so vor allem Beauftragung der zum Schutz der Wedenzüge und Stellnetze mit verschiedenen Waffen des Dampfers angetrieben ist.

Aus aller Welt.

Schwere Bluttaten. Aus Wittenberge wird berichtet: Ein schreckliches Ende nahmen die Weihnachtsfeiertage für zwei Familien des Dorfes Gumtow bei Ankers (Ostpreußen). Im Laufe des zweiten Weihnachtsfeiertages erhöhte der Landwirt Emil Kosz einen wegen Gewindeläge bekannten Bruder Gustav Koch aus Berlin. Dieser war nach Gumtow gekommen, um von seinem Bruder Geld zu erpressen. Als nun ihm dies verweigerte, drohte er die Familie mit einem Beile zu erschlagen. Der bedrohte Bruder griff zur Faustlinie und erhöhte den Erpresser. — Im Laufe des zweiten Tages drogten drei Einbrecher in das Kammer des Landwirtes Krüger, der verteidigt war. Da die Tochter von der Mutter des Landwirtes bei ihrer Arbeit überfiel wurden, schlugen sie die alte Frau mit einem Steinhammer nieder. Die Tochter, drei Kinder aus dem Dorte, darunter auch der des beschädigten Landwirtes, wurden auf dem Bauch Bettwäsche verhaftet.

Freistreichet im Eierhandel. Das Schöffengericht in Braunschweig verhängte dem Händler Sander wegen Preisstreichel und Scherndel 2000 M. Geldstrafe. Er hat vom Januar bis August dieses Jahres in Braunschweig und in den benachbarten Provinzen Sachsen und Sachsen annähernd eine halbe Million Eier aufgekauft und diese, obwohl in Braunschweig ein Eiermarkt bestand, in das befreite rheinische Gebiet verkauft, das er geschändet bestand, die die Eier unter erheblicher Verkürzung des Höchstpreises weiterveräußerten. Diese Geldstrafe verdiente die kleine Volltinke sicher in einem einzigen Schlag getan, so daß er lärmlos das Urteil überlassen ward.

B. v. Grube 1. Berf. 80
erf. d. Schiedsfd. d. SL
(11258)

Kraufen sofort — laufend

Tran

Fab.-Haus- u. M.
Haus seit Wahrer
Haupt & Meyer
Gleisengasse 87

Eig. seinem Kunden!
(11258)

Die Beerdigung findet am Sonnabend,
20. Dez. um 10 Uhr
auf dem Sonnenfelder Friedhof statt.

Es ist
K. Klose, Ersch. 11.

(11251)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11257)

Wienstr. 220 II

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11258)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11259)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11260)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11261)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11262)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11263)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11264)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11265)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11266)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11267)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11268)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11269)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11270)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11271)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11272)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11273)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11274)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11275)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11276)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11277)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11278)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11279)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11280)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11281)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11282)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11283)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11284)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11285)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11286)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11287)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11288)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11289)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11290)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11291)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11292)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11293)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11294)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11295)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11296)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11297)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11298)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11299)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11299)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11299)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11299)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11299)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11299)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11299)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11299)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11299)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11299)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11299)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11299)

Geöffnet Samstagmorgen
bis 12 Uhr und Sonntag
bis 10 Uhr
(11299)</p